

Sachantrag zur 3. Sitzung des Studentenparlaments am Donnerstag, den 14.11.68

Das Parlament möge beschließen:

Die Studentenschaft der TH Darmstadt protestiert schärfstens gegen das vom Darmstädter Regierungspräsidium eingeleitete Disziplinarverfahren gegen einen Studienassessor im Kreis-Gymnasium in Heusenstamm.

Weil sich dieser Lehrer kritisch über den Sinn der Lehrpläne geäußert hat, besonders über die Funktion des Religionsunterrichtes, wird ihm die Ausübung seiner Tätigkeit bis auf weiteres untersagt.

Es ist bezeichnend für die zunehmende Entpolitisierung der Schulen, daß Konflikte nicht mehr inhaltlich diskutiert, sondern formal-administrativ abgewürgt werden.

Die Studentenschaft, die eine entsprechende Entwicklung an den Universitäten beobachtet, und von deren Mitgliedern eine nicht unbedeutende Zahl den Beruf des Lehrers zum Ziel ihrer Ausbildung gewählt hat, verurteilt diesen erneuten Versuch der staatlichen Verwaltungsinstanzen, Formierungsprozesse bereits auf der Schule einzuleiten, indem das Bild einer harmonischen Gemeinschaft vorgegaukelt wird.

Die Studentenschaft ruft die Schüler des gemäßregelten Lehrers auf, sich mit diesem zu solidarisieren und in den Schulstreik zu treten.

Darmstadt, den 13, Nov. 68

gez. Cobler

bitte wenden!

# Lehrer fordert seine Schüler zum Boykott des Religionsunterrichts auf

Darmstädter Regierungspräsidium leitet Disziplinarverfahren ein

Darmstadt, 12. November. (lk) Der Regierungspräsident in Darmstadt hat einem 32jährigen Studienassessor im Lehramt am Kreisgymnasium in Heusenstamm/Kreis Offenbach bis auf weiteres untersagt, Unterricht zu erteilen. Das Regierungspräsidium und das hessische Kultusministerium waren, wie die Pressestelle der Behörde am Dienstag mitteilte, am Montag von Eltern und Lehrern sowie den Kirchenvorständen beider Konfessionen zum Eingreifen geaceten worden.

Der Assessor hatte in der vergangenen Woche in der Schule Flugblätter verteilen lassen, in denen zum Boykott des Reli-

gionsunterrichtes aufgefordert worden war. In den vom Sozialistischen Lehrerbund (SLB) und der außerparlamentarischen Opposition (APO) führenden Schülerorganisation gezeichneten Flugblättern war nach Angaben des Regierungspräsidiums der Religionsunterricht als „Volksverdummung“ bezeichnet worden. Außerdem hatte der Lehrer die über 14 Jahre alten Schüler aufgefordert, von ihrem Recht des Kirchenaustritts Gebrauch zu machen.

Der Lehrer ist erst seit Beginn dieses Schuljahres an dem Gymnasium und noch Beamter auf Widerruf. Nach Angaben des Regierungspräsidiums war es bereits früher zwischen dem Assessor und seinen Kollegen zu Differenzen gekommen, als er sich vor den Schülern kritisch über den Sinn der Lehrpläne geäußert haben soll. Der Assessor hat diese Verhaltensweise in einem Gespräch mit einem Beamten des Regierungspräsidiums nicht bestritten. Der Regierungspräsident hat daraufhin ein förmliches Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.

Darmstädter Tagblatt,  
13. 11. 1968

## Verfahren gegen Studienassessor

Grund: Flugblätter an Schüler im Gymnasium Heusenstamm verteilt

HEUSENSTAMM (Kreis Offenbach). Wegen der Verteilung von Flugblättern, in denen die Schüler zum Boykott des Religionsunterrichtes und Schüler über 14 Jahre aufgefordert werden, von ihrem Recht zum Kirchenaustritt in Massen Gebrauch zu machen, ist gegen einen Studienassessor am Kreisgymnasium in Heusenstamm ein förmliches Dienststrafverfahren eingeleitet worden. Der Darmstädter Regierungspräsident hat dem Lehrer, dem 32 Jahre alten Heinz Lüdde, außerdem bis auf weiteres untersagt, Unterricht zu erteilen.

Wie das Regierungspräsidium in Darmstadt am Dienstag mitteilte, war der Regierungspräsident von den örtlichen Kirchenvorständen sowie von Eltern und Lehrern gebeten worden, „einzugreifen“, nachdem der Studienassessor

die vom Sozialistischen Lehrerbund (SLB) und der Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS) veröffentlichten Flugblätter am Wochenende verteilt hatte. Das hessische Kultusministerium in Wiesbaden ist bereits schriftlich über die Vorgänge und die Maßnahmen des Regierungspräsidenten informiert worden.

Zwischen dem Studienassessor und den anderen Lehrern des Kreisgymnasiums sei es, wie das Regierungspräsidium erklärte, bereits in den letzten Wochen zu schweren Spannungen gekommen. So habe der Studienassessor, der sein erstes Lehramt bekleide und erst seit dem 1. September am Kreisgymnasium in Heusenstamm unterrichte, den Lehrplan als „Humbug und undemokratisch“ bezeichnet. o-k

Frankfurter Rundschau, 13. 11. 1968